

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochensatz: Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellsatz

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: Num.-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 6, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwerbe-15 Pf.] Nr 580

MITTWOCH, 9. DEZEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

## Erste politische Wirkung

### Der Eindruck des großen Programms

Eine Umfrage bei den führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien ergibt einen ungewöhnlich guten Eindruck der jüngsten Notverordnung der Reichsregierung und der Hauptintention des Kanzlers. Es fehlt nämlich nicht an kritischen Bemerkungen und Vorbehalten zu einzelnen Teilen der Verordnung. Aber das Gesamturteil geht fast durchweg dahin, daß die Regierung nicht nur einen moralischen Sieg errungen hat, sondern auch einen politischen Erfolg. Uneingeschränkt anerkannt wird die hohe geistige Leistung, die die Notverordnung darstellt.

Auch bei der Sozialdemokratie ist die Meinung jedenfalls nicht abnehmend. Die Kommunisten haben einen Vorstoß unternommen, um die Einberufung des Reichstages durchzusetzen, weil sie hoffen, daß der Inhalt der Notverordnung die Sozialdemokratie zwingen würde, die Politik der Isolierung aufzugeben. Das war vor dem Erscheinen der Verordnung. Heute darf man, ohne unvorsichtig zu sein, voraussetzen, daß die Sozialdemokraten, wenn in der kommenden Woche im Reichstag die Frage gestellt wird, ob eine Parlamentarisation im Dezember gemüßigt wird, sich gegen eine vorzeitige Einberufung des Reichstages aussprechen werden. Es kommt nun freilich darauf an, wie der Plan in die Tat umgesetzt wird.

## Terminkalendar der Notverordnung

Mit der Durchführung der einzelnen Teile der Verordnung ergibt sich folgender Termin-Kalender:  
Mit sofortiger Wirkung, also schon heute, beginnt der politische Wehrparagrafen, gilt das allgemeine Infanterieverbot und das Recht der Bundesregierungen, Bestimmungen gegen den Waffenmißbrauch zu erlassen.

Ende dieser Woche beginnt der Tätigkeits des Preiskommissars, der zunächst für Getreide und Fleischverteilung, dann aber auch für Entlastung der Preise handwerklicher Leistungen, der Oas-, Mäher- und Elektrizitätstarife, der Straßenbahn- und Kleinbahnverträge sorgen soll.

Am 16. Dezember Herabsetzung der Eisenbahntarife bei Normalgüter um 185 Millionen, bei Rohstoffen um 85 Millionen.

## Dritter Alarm

Wie können nicht alle politisch sein. Auch in heutiger Zeit nicht. Wenn sich Leute mangelnder Eignung und Talent von der Politik fernhalten, so ist das sogar zu begrüßen. Sozialtätigkeit ist immer von Hebel. Durch diese Erklärung soll aber denen, die sich nicht gemüßigt mit Politik abgeben, nicht das Recht abgesprochen werden, an entscheidenden Fragen ihre Meinung zu sagen und an den „Professionals“ Kritik zu üben.

Die nachfolgenden Ausführungen, die kritisch sind, beschaffen sich aber nicht mit den Maßnahmen, oder nicht nur mit den Maßnahmen aktiver Politiker. Sie bedeuten vielmehr eine Vorwarnung der Kritik über die zu erwartenden Kritiken der letzten großen politischen Maßnahmen, der neuesten Notverordnung.

In dieser Notverordnung begrüßen wir die Tat. Die Tat, auf die uns die Regierung reichlich lange warten ließ. Die letzten in Achtung vor einem Wert, das in sich selbst von einem einseitigen Willen befreit ist und sich selbst und als Ganzes genommen sich als geistige Schöpfung von Rang darstellt.

Das sollen und werden viele anerkennen. Daß die einzelnen Teile dieser Schöpfung manchen gegen den Strich gehen werden, ist ganz klar. Es versteht sich weiter, daß jedem die Kritik über die einzelnen Punkte vorbehalten bleibt.

Es fragt sich nur, in welcher Weise diese Kritik sich äußern wird. Wir wollen nicht, daß sich die Leute vorbringen, die bei jeder Gelegenheit immer nur flüchten, daß ihrer ungenannten Weltanschauung etwas zu Rede geschieht und die

bei Spezialgütern wie Holz, Getreide, Textilien um 30 Millionen, zugleich Senkung der Zölle auf den Binnenverkehr.

Am 10. Dezember Ergänzung sämtlicher bestehenden 6000 Tarifverträge im Sinne einer Lohn- und Gehaltsentlastung von durchschnittlich 10 um Zeit 16 u. S. ab 1. Januar.

Am 1. Januar Entlastung der Preise für Eisen und Metallwaren, Baustoffe, Glas, Textilartikeln, Rohlen und Wollentwaren um 10 u. S.

Am 1. Januar Herabsetzung der Beamtengehälter um 6 u. S., der Löhne für Staatsarbeiter und Staatsangestellte um 10 u. S.

Am 1. Januar Entlastung der Mieten für 13½ Millionen Wohnungen um 10 u. S.

Am 1. Januar Entlastung aller Zinsen für feherzinsliche Wertpapiere und Hypotheken, soweit sie über 6 u. S. liegen, auf 6 u. S., soweit sie über 12 u. S. liegen, auf 9 u. S., zugleich der Beginn einer zweijährigen Rindungssperre für solche langfristigen Anleihen und Hypotheken.

Am 1. Januar Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent. Zugleich Herabsetzung der Steuerzuschläge, die bei verpackter Zahlung oder Einzahlung erhoben werden, auf 12 Prozent (bisher 120 Prozent) bzw. 5 Prozent jährlich. Inkrafttreten der Reichsfluchtsteuer für Personen mit mehr als 200000 Mark Vermögen, die seit dem März d. J. ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben oder ihre deutschen Betriebe fortzuführen. Diese Reichsfluchtsteuer erfolgt ein Viertel des in Deutschland liegenden Kapitals.

Am Laufe des Januar Entlastung der Neubauten entsprechend der Entlastung, die der Hausbesitzer durch die Ermäßigung seiner Hypothekenzinsen erhält. Dabei wird mit einer durchschnittlichen Prozentsatz der Mietsenkung gerechnet.

Am 1. Januar Reform in der Kranken- und Unfallversicherung durch Inkrafttreten eines allgemein gültigen Vergütungs- und Fortfall der kleinen Renten.

Am 5. Januar Rindungstermin für Mieten, die sich bis zum 31. März von einer überhöhten Miete befreien wollen.

Am Laufe des Januar Beginn der Schlichtungsvereinbarungen in allen Fällen, in denen durch die Vorkantungen besondere Härten entstanden sind.

Am 30. März Inkraftsetzung sämtlicher Lohn- und Gehaltsentlastungen, die durch die Notverordnung um 10 oder 15 Prozent gehen und die nicht von dem Schlichter ausdrücklich über diesen Termin hinaus verlängert werden.

nicht sehen als diese. Man fürchtet sich ein bißchen vor den heranziehenden Kritiken, die vor Gittern und Beben, es könnte ihrer Weltanschauung ein Leid geschehen, sich ängstlich der Wirkung, die ein Wert als Ganzes sogar auf sie auszuüben vermag, zu entsinnen trösten, nur um mit ihren Vorbehalten gegen einzelne Punkte ja nicht zu spät zu kommen und laut genug gehört zu werden.

Nachmal: alle Vorbehalte sind notwendig. Aber sie müssen so vorgebracht werden, daß sie die gute Wirkung des Ganzen nicht gefährden und die Achtung nicht vermissen lassen, die man dem Ganzen schuldig ist.

Wenn ein Haus in Brand steht, so ruft man Alarm und nicht den Feuerweh. Sogar der wassercheueste Mensch tut das. Es ist noch feiner bedacht worden, der sich während der Arbeit der Feuerweh aus schließlich mit dem Gedanken der Vermeidung der Hitze, daß hier in das Feuer sich ergebenden Gefahrenlagen sich eigentlich schwer mit feiner wassercheuesten Brandschätzung vertragen.

## Preiskommissar Goerdeler

Dr. Carl Goerdeler, der von der Reichsregierung ausserordentlich die schwierigste Aufgabe der Preisentlastung, als Reichskommissar durchzuführen, bringt für sein Amt eine ausgezeichnete Vorbildung und eine gute Sachkenntnis mit. Aus seiner Tätigkeit in Königsberg und Leipzig kennt man ihn als besonders befähigten Verwaltungsbeamten und Wirtschaftskennner, der sich während des Kommunalen Reichsarbeitgeber-Verbandes hat er oft Verdienste für wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten bewiesen. Er gehört seit längerer Zeit dem Vorstand des Deutschen Städtebundes an.

## Brünnings Bierte

Von  
CARL MISCH

Als vor zwanzig Monaten der junge Dr. Brüning dem Ruf des Reichspräsidenten folgte und das Kanzleramt übernahm — er hat gehen in seiner Hauptaufgabe die Nation erlindert —, dann hätte er wohl hell aufgelegt, wenn jemand ihm vorausgesagt hätte, er werde ein feiner Mann unter ein Dokument legen, was es heute wertende Bierte Notverordnung darstellt. Ganz andere Dinge (wennmal dem Kanzler vor. Unrecht läte ihm deshalb, weil vermalt, Brüning lege in feiner Bierten ein wirtschaftliches Bekenntnis ab. Und Unrecht läte dem Gelehrten, wer es als eine Selbstschätzung betrachtet. Es ist eine 9 u. S. Verordnung, aus der Rot geboren. Von der Weimarer Verfassung hat man gefast, sie stelle ein Stöckchen dar, welches das deutsche Volk sich für seinen Staat im Sturm gemerkt habe. Nun, diese Notverordnung ist das Stöckchen für Wirtschaft und Volk, in dem Staat dieses Jahres 1931, der an Schmerz dem von 1918/19 bestimmt nicht nachgibt.

Seit Monaten hat die Regierung ein umfassendes Wirtschaftsprogramm verprochen. Zimmer wieder blieb es bei dem Verprechen. Die Notverordnungen waren flüchtig, Bierte für den Tag. Mit Recht ist daran heute Kritik geübt worden, auch in diesen Spalten. Die Berichtigung war erklärlich, denn die Grundlagen für jede Planung werden häufig nie erfüllt, oder die Berichtigung war (schmerzlich, und sie war politisch unheilvoll. Denn das Volk in seiner Not hat sich ohne Führung, glaubte sich von der verfassungsmäßigen Staatsleitung preisgegeben. Die Notverordnungen verordneten nur neue Not, nahmen nur, und gaben nichts. Daran unterrichtet sich diese Bierte wesentlich. Sie stellt einen Versuch dar, die Wirtschaft von Staats wegen zu manipulieren. Ein glanzvoller Entwurf, dessen Durchführung in der Praxis ein Experiment ohne Vorgang in der Weltgeschichte bedeutet.

Niemand geht diesen Weg mit Freude. Der Reichskanzler hat in seiner Hauptintention mit überzeugender Einbringlichkeit gefast, wie sehr er den Weg der internationalen Solidarität vorzieht und wie hart er nach wie vor diesen Weg zu erreichen strebt. Aber überall auf dem Gebraun und schließlich die Welt wirtschaftlich ab, erziehen — hohe Plauer und, allen Befähigten internationaler Konferenzen zum Trost, bricht ein neuer Mercantilismus über uns herein. Der Mercantilismus war die Epoche der staatlich manipulierten Wirtschaft. Das England, dasjenige Land, welches den Mercantilismus am gründlichsten abgeworfen und der Wirtschaftsfreiheit am vorbestigtesten sich hingab, geht zu Schanden. Wie aber soll denn dem Deutschland einfließen? Das ist die Frage, die sich heute stellt. Die historische Nacht des 20. September 1931, als die Bank von England die Goldinjectionspflicht ihrer Pfund Sterling aufhob, bedeutet den Epochen-Einschnitt, von dem aus eine neue europäische Ära rechnen wird. Es war alsobald klar, daß kein Land der Erde dann unberührt bleiben konnte. Man müßte sich entsprechend einstellen, und die Frage war nur: wie einstellen? Sehr reich wurde in Deutschland die Idee populär, es den Engländern nachzumachen und die Reichsregierung dem Pfund anzuhängen. Allen, auf die sehr feigen Leute propagierten Devaluationsgeheimnissen ist die Aufgabe erteilt worden, und der Reichskanzler hat auch das in seiner Hauptintention unterrichten, als er sagte, er lehne es ab, durch eine solche Wahnahme Deutschland in Abhängigkeit von Entschädigungen Fremder zu bringen. Die Reichsregierung wird unanzweifelhaft erziehen. Wie aber soll denn Deutschland einfließen? Die Regierung hat den Weg gewählt, den inneren Wert der Mark zu steigern. Das gesamte Lohn- und Preisgebäude soll „abgeholt“ werden. Dem politischen Lohn, den wir seit Jahren haben, folgt, als eine Konsequenz, die sich voraussehen ließ, der politische Preis.

Damit kann es sein Bewenden nicht haben. Denn die Weltwirtschaft der wirtschaftlichen Beziehungen erfordert sich nicht in Preis und Lohn. Es ist sich die Regierung darauf hingewiesen, in ihrem Wirtschaftsprogramm auch an die Zinsen zu gehen. Auf diesem Gebiet konnte es nicht ohne besondere Härten und Ingedrängtheiten abgehen. Das Ausland mußte von der Zwangsamortisierung verstoßen werden. Das muß ein Zinssparen sein, nicht nachzulassen und auszuüben. Ein Härten im Inland muß gemildert werden, was irgend sich mildern läte, und dem Ausland gegenüber muß unter Hinweis auf die Entzerrung der Währungsformen verfaßt werden, zu einer Zinssparreicherung zu gelangen.

Überhaupt müe es verfaßt, anzunehmen, mit der Durchführung des großen Wirtschaftsprogramms in der Bierten könnte es sein Bewenden haben. Die Aufgabe beginnt erst